



## **Resolution des Hessischen Industrie- und Handelskammertages**

### **Hessische Wirtschaft für freiheitlich-demokratische Grundordnung**

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung, zu der die Achtung der Menschenwürde, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie gehört, und das IHK-Gesetz bestimmen das Handeln der Industrie- und Handelskammern. Die hessischen Industrie- und Handelskammern lehnen daher alle totalitären Positionen ab, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der sozialen Marktwirtschaft stehen. Als ehrbare Kaufleute tragen wir Verantwortung für die Einhaltung ethischer Grundsätze und setzen uns gegen jede Form von Hass und Gewalt ein.

### **Demokratie und Rechtsstaat sind Basis unseres unternehmerischen Handelns**

Deutschland hat sich deshalb wirtschaftlich so erfolgreich entwickelt, weil wir eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft sind, die auf Rechtsstaatlichkeit basiert und die Menschenrechte auch international vertritt. Es macht uns Sorgen, wenn extreme Positionen im Aufwind sind. Es ist wichtig, dass die politischen Entscheiderinnen und Entscheider Veränderungen erklären, Reformen angehen und langfristige Planungssicherheit sowie Verlässlichkeit für die Unternehmen und die Bevölkerung schaffen. Zukunftsgerichtete, pragmatische, lösungsorientierte Politik und effizientes Verwaltungshandeln tragen dazu bei, totalitären Positionen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Deutschlands Wohlstand wäre ohne die europäische Einigung und den Abbau nationaler Barrieren nicht nur für Waren und Dienstleistungen, sondern auch für Menschen, undenkbar. Kaum eine Wirtschaft ist international so vernetzt wie die deutsche. Allein in der Industrie hängt jeder zweite Arbeitsplatz am Export.

Zudem ist die Wirtschaft vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mehr denn je auf eine gesteuerte Zuwanderung angewiesen. Wir erfahren derzeit einen Fachkräftemangel, der sich in den nächsten Jahren noch dramatisch verschärfen wird. Vor diesem Hintergrund ist erst im vergangenen Jahr das neue Zuwanderungsgesetz verabschiedet worden. Wir brauchen in Deutschland eine Kultur, die ausländische Fach- und Arbeitskräfte und ihre Familien willkommen heißt. Dies bedingt unkomplizierte Verfahren und zudem eine aktive Integration, die auch gesellschaftlich gelebt wird.